

act

GREENPEACE

4 | DEZEMBER 2009 – FEBRUAR 2010

Ölsand: Kanadas

Ökodesaster

Katholische Kirche:

Schöpfung und

Verantwortung

Gewerkschaft: Sind

Umweltschützer

noch böse?



Klimazeugen und Klimaopfer

Internationale Greenpeace Aktionen

Weltweit für den Schutz des Klimas

Fuissé, Frankreich, 3. 10. 2009



Gemeinsam mit dem Künstler Spencer Tunick aus den USA und 700 Nackten weist Greenpeace darauf hin, dass sich in Frankreich der Klimawandel bereits auf den Weinanbau auswirkt. Frühzeitigere Ernten, häufigere Hagelstürme und Hitzewellen setzen den Weinbauern zu. Zuckergehalt und Alkoholanteil sind gestiegen und verändern das Aroma auch der berühmten französischen Burgunderweine.

Foto: GP / Pierre Gleizes

Spitzbergen, Norwegen, 5. 10. 2009



Vier Monate lang ist eine Greenpeace-Crew gemeinsam mit Wissenschaftlern in arktischen Gewässern unterwegs, um die Veränderungen durch den Klimawandel zu erforschen und zu dokumentieren. Zum Abschluss demonstrieren die AktivistInnen der „Arctic Sunrise“ auf der Insel Spitzbergen gegen den Kohleabbau vor Ort.

Foto: GP / Christian Aslund

London, Großbritannien, 11. 10. 2009



Während die britischen Abgeordneten im Inneren des Westminster-Palasts beraten, sitzen AktivistInnen auf dem Dach des altherwürdigen Gebäudes. 28 Stunden lang harren sie aus, um einem Manifest für Windkraft, für höhere Steuern auf Schadstoffausstoß, null Emissionen bis 2030 und gegen eine dritte Startbahn für den Flughafen London-Heathrow Aufmerksamkeit zu verschaffen.

Foto: Nick Cobbing / GP

Riau, Indonesien, 3. 11. 2009



Auf der der Kampar-Halbinsel von Sumatra errichtet Greenpeace ein Klimaschutz-Camp. Denn hier im Herzen von Indonesiens Regenwald sind zwei Milliarden Tonnen CO₂ gespeichert, die durch das Abbrennen des Waldes in die Atmosphäre zu gelangen drohen. Gemeinsam mit indonesischen Prominenten bauen AktivistInnen Dämme, die das Austrocknen des Waldes verhindern sollen.

Foto: Will Rose / GP

actintro

Editorial



Foto: GP/Teresa Novotny

Alle in einem Boot

In dieser Ausgabe des „act“ finden Sie Interviews mit zwei Männern aus reichlich unterschiedlichen Institutionen: Toni Faber, Pfarrer des Stephansdoms, und Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB. Sie vertreten wichtige Organisationen in Österreich, gegensätzliche Welten, unterschiedliche Sichtweisen, sie sprechen eine eigene Sprache und sie haben verschiedene Antworten auf gleiche Probleme wie den Klimawandel.

Aber dann gibt es auch noch die Wirtschaft, das Rechtssystem, die Wissenschaft und andere – Subsysteme der Gesellschaft, Teilwahrheiten, unterschiedliche Zugänge. Der deutsche Soziologe Niklas Luhmann sah in seinem Buch „Ökologische Kommunikation“ genau in dieser Zersplitterung das Problem, warum es Gesellschaften so schwer gelingt, auf drohende ökologische Katastrophen zu reagieren. Und dennoch gibt es eine Tatsache, die alle gleichermaßen betrifft: Wir verändern das Klima und stehen knapp vor einem kritischen Punkt, an dem es zu kippen droht. Nur mehr sehr wenige bezweifeln das, und ihre Argumente sind leicht widerlegbar. Ob man in Zusammenhang mit dem drohenden Klimakollaps nun die Schöpfungsverantwortung betont oder das drohende soziale Leid – in jedem Fall gilt es rasch zu handeln. Aus diesem Grund versucht Greenpeace, vermehrt Kooperationen einzugehen und breite Allianzen zu bilden. Denn welchen Hintergrund wir auch immer haben, wir sitzen alle im selben Boot. Und dieses Boot droht zu sinken.

Roman Kellner
Chefredakteur des „act“



Klima-Allianz / Rene Huemer

Inhalt

actintro

- 02 INTERNATIONALE AKTIONEN
- 03 EDITORIAL

action

- 04 KLIMA-TATEN STATT IMMER WARTEN
Greenpeace hat alles versucht, um weltweit den UN-Klimaverhandlungen in Kopenhagen die notwendige Aufmerksamkeit zu verschaffen.
- 06 „UMWELTSCHUTZ IST EIN GEBOT DER STUNDE“
Interview mit Toni Faber, Dompfarrer des Wiener Stephansdoms.

actreport

- 08 WILD WILD WEST
Um Öl aus Kanadas Sand zu gewinnen, nimmt die Ölindustrie ein Umweltverbrechen unfassbarer Dimension in Kauf.
- 11 KLIMAZEUGEN UND KLIMAOPFER
Die Opfer des Klimawandels sind die besten Zeugen.

facts

- 14 WIDER BESSERES WISSEN
Der Blauflossentun steht wenige Monate vor der Ausrottung. Noch könnte man das endgültige Verschwinden verhindern.
- 16 DIE GRÜNE ELEKTRONIKREVOLUTION
Greenpeace begründet die Elektronikbranche.
- 17 ERFOLGE
- 18 „REALPOLITISCH EINEN WEG FINDEN“
Urlaubsvergnügen und Umweltschutz müssen sich nicht widersprechen.
- 19 FOLLOW UP

actkommentar

- 20 DAS ENDE DER UNTERTANEN?
Zivilgesellschaft zwischen Macht und Ohnmacht.

interactio

- 22 NEUER GESCHÄFTSFÜHRER BEI GREENPEACE INTERNATIONAL
GREENPEACE-KALENDER 2010
- 23 BUCHTIPP
GREENPEACE IM BILD
- 24 CARTOON VON GERHARD HADERER

KLIMA-TATEN

statt immer Warten

act_{ion}

Greenpeace hat alles versucht, um weltweit den UN-Klimaverhandlungen in Kopenhagen die notwendige Aufmerksamkeit zu verschaffen. Auch und gerade im Klimaschlusslichtland Österreich. Doch egal wie die Gespräche in Dänemark ausgehen, der Druck darf nicht nachlassen.

Helfen SIE mit!



Doch es geht nicht nur um Bären: Wissenschaftliche Studien belegen, dass bis ins Jahr 2050 bis zu 250 Millionen Menschen aufgrund der direkten Folgen des Klimawandels ihre Heimat verlassen werden müssen. Mehr Infos: www.baerendienst.at

Klimazeche zahlen

7. 10. 2009, Wien: Verlassene Wirtshausische, leere Gläser und melancholische Heurigenmusik vor dem Finanzministerium in Wien. In einer groß angelegten Aktion fordern mehr als 50 Organisationen der Zivilgesellschaft von der Bundesregierung, ihre Zeche für die verfehlte österreichische Klimapolitik zu zahlen.

Taten für den Klimaschutz

Seit 30. 6. 2009, Cyberspace: Ein halbes Jahr lang schon zeigt Greenpeace, wie viel sich beim Klimaschutz auch im Kleinen machen lässt. Auf 1000000taten.greenpeace.at können Sie Taten setzen, und viele Tausend ÖsterreicherInnen haben das auch gemacht: Von Autoreisezug benutzen bis Zähneputzen ohne laufendes Wasser. Dazu gibt es jede Menge Information über den Klimawandel und seine Auswirkungen, Videos von bekannten Kabarettisten, Gewinnspiele, Möglichkeiten, einen Protest zu verschicken und vieles andere mehr. Die UN-Verhandlungen in Kopenhagen bringen, wie es aussieht, nicht die Ergebnisse, die die Erde braucht. Daher gehen sie weiter. Die Verhandlungen – und das Tatensetzen ebenfalls. Mehr Informationen: 1000000taten.greenpeace.at

Die Bären sind (heimat)los

29. 9. bis 8. 10. 2009, Österreich: Eisbären in Österreichs Landeshauptstädten. Gemeinsam mit youngCaritas, der Jugendplattform der Caritas, lässt Greenpeace nach dem Konzept des renommierten US-amerikanischen Straßenkünstlers Mark Jenkins Eisbären an öffentlichen Plätzen auftauchen.



Die EU ist gefordert, jährlich 35 Mrd. Euro für die internationale Finanzierung von Klimamaßnahmen aufzubringen, für Österreich bedeutet das rund 800 Millionen Euro pro Jahr.

Cool Planet Event

16. 10. 2009, Wien: Unterstützt von zahlreichen Kindern und Jugendlichen, übergibt Greenpeace eine Petition mit vier zentralen Klima-Forderungen an Christiane Brunner, die Vorsitzende des parlamentarischen Umweltausschusses. Die Punkte, die als Entschließungsantrag



ins Parlament eingebracht und zur österreichischen Position in Kopenhagen werden sollen: eine Reduktion der Treibhausgase um vierzig Prozent bis 2020, ein sofortiger Stopp der Regenwaldabholzung, eine gesicherte Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen und dass Atomkraft nicht zur Klimaschutzmaßnahme erklärt werden darf. Unterstützt wird das Event vom Klimabündnis, dem Radiosender FM4 und der Stadt Wien. Nach der Übergabe der Forderungen findet auf der FM4-Bühne im Volksgarten noch ein Konzert mit Deckchair Orange, Bilderbuch und den Amadeus-Preisträgern von Bunny Lake statt. Alle Bands stellen sich in den Dienst der guten Sache und treten unentgeltlich auf.

Menschenbaum für Klimaschutz

24. 10. 2009, Wien: Es ist wohl der größte internationale Klima-Aktionstag in der Geschichte. Bei 5.200 Events in 181 Ländern fordern Menschen, dass die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre wieder auf 350 ppm und damit das Niveau der 70er-Jahre gesenkt wird. Greenpeace unterstützte die Aktionen und Forderungen



gen beim weltweiten Protesttag in vielen Städten. Am Wiener Stephansplatz versammelt die Greenpeace-Gruppe Wien in Kooperation mit IndyACT über 200 Freiwillige, um einen Menschenbaum mit der Zahl 350 zu bilden.

Kritische Fragen an PolitikerInnen

4. 11. 2009, Wien: Im Vorfeld des Umweltausschusses veranstaltet die Bundesjugendvertretung (BJV) gemeinsam mit Greenpeace ein „Jugend.Klima.Parlament“ im großen Plenarsaal. 150 Jugendliche zwischen zehn und 20 Jahren können ihre umweltpolitischen Fragen und Forderungen direkt an die UmweltsprecherInnen der fünf Parlamentsparteien richten. Damit die Anliegen nicht verloren gehen, werden die gesammelten Fragen und Forderungen am Ende der Veranstaltung an die PolitikerInnen übergeben.



Keine neue Dreckschleuder

5. 11. 2009, Voitsberg: Im Jahr 2006 wurde das Braunkohlekraftwerk Voitsberg stillgelegt. Zwei Jahre später kaufte Mirko Kovats' A-Tec Industries die Anlage und plant, sie zu einem Steinkohlekraftwerk umzubauen. Und das in einem Land, das ohnedies schon peinlich weit von seinen Klimazielen entfernt ist. Deshalb demonstriert Greenpeace – nicht zum ersten Mal – in Voitsberg gegen diese Pläne. Direkt vor dem Rathaus errichten AktivistInnen einen überdimensionalen rauchenden Schornstein, um den Voitsberger Bürgermeister Ernst Meixner auf die Auswirkungen der von ihm unterstützten Dreckschleuder hinzuweisen.

Klimaschlusslicht Österreich

17. 11. 2009, Wien: 20 AktivistInnen besetzen vor Beginn des Ministerrats symbolisch den Eingang des Bundeskanzleramts. Eine rote Laterne steht für



die Position Österreichs als Klimaschlusslicht Europas. Denn nun ist es amtlich: Laut einem Bericht der Europäischen Umweltagentur erreicht Österreich als einziges Land der alten EU-15 seine Kyoto-Klimaziele nicht. Und das hat nichts mit zu hoch angesetzten Zielen zu tun, sondern damit, dass das Thema hierzulande zu lange ignoriert wurde.

Nun wird Österreich zahlen – und damit wir alle. Knapp hundert Millionen Tonnen CO₂ liegt Österreich innerhalb der fünfjährigen Kyoto-Phase von 2008 bis 2012 über seinem Klimaziel. Bei aktuellen Preisen von dreizehn bis fünfzehn Euro pro Tonne CO₂ kommt auf die SteuerzahlerInnen eine Summe von weit über einer Milliarde Euro zu.

Die Kampagne im Vorfeld von Kopenhagen wäre nie möglich gewesen ohne die zahlreichen Kooperationen, die Greenpeace eingegangen ist. Von anderen NGOs bis zur ÖBB Postbus GmbH, von der Stadt Wien bis zu Hofer, um nur einige zu nennen. Vielen Dank an alle Partner und natürlich auch ein großes Danke an alle, die uns bisher mit ihren Taten unterstützt haben! ●



Fotos: Seite 4: GP/Rene Huemer • Seite 5: (von oben links) GP/Rene Huemer • GP/Kurt Prinz • GP/Barbara Tschann • GP/Rene Huemer

your act_s

TATEN SETZEN FÜR DEN KLIMASCHUTZ. Falls Sie schon registriert sind – bleiben Sie dran.

Falls Sie noch nie auf der Site waren: **SURFEN SIE HIN UND SETZEN SIE TATEN!** 1000000taten.greenpeace.at

„Umweltschutz ist ein Gebot der Stunde“

INTERVIEW mit Toni Faber, Dompfarrer des Wiener Stephansdoms

act_{ion}



Greenpeace hat vom Baugerüst des Stephansdoms ein Transparent mit dem Titel „Elftes Gebot: Du sollst nicht zerstören deines nächsten Klima“ entrollt. Sie haben die Aktion mitgetragen. Warum?

Auf Grund unserer eigenen Geschichte. Vor zehn oder zwölf Jahren saßen wir genau hier in der Pfarrkanzlei, schauten zum Fenster hinaus und fragten uns: Wer klettert da auf die Kirche hinauf? Es war eine Greenpeace-Aktion – ohne unsere Zustimmung. Damals war es aus unserer Sicht lebensgefährlich für Ihre Mitarbeiter. Aber das Engagement der Greenpeace-Leute hat mich beeindruckt, und so war es für mich nahe liegend, es diesmal gemeinsam durchzuführen. Inhaltlich ist es klar: Für uns Christen ist es eine selbstverständliche Aufgabe, für die Schöpfung einzutreten.

Warum braucht es überhaupt ein elftes Gebot? Warum kommt der Schutz der Umwelt nicht auch in den ersten zehn vor?

In den zehn Geboten kommen die wesentlichen Grundlagen des Lebens vor. Dort, wo wir bereit sind, Gott die Ehre zu geben und den Nächsten zu lieben, dort ist natürlich auch die Schöpfung gemeint, aber explizit ist sie so nicht genannt.

Der Satz „Macht euch die Erde untertan“ (Genesis 1, Psalm 28) ist oft für seine sehr anthropozentrische Sichtweise kritisiert worden.

Der Auftrag dieser Schriftstelle ist nicht die Ausbeutung der Umwelt, sondern „Macht euch zu Nutze, was an Schöpfung da ist“. Und das müssen wir tun, dafür ist der Mensch geboren, dass wir das Tierische, die Umwelt und auch alles, was uns an geistigen und körperlichen Fähigkeiten gegeben ist, nutzen. Aber gleichzeitig müssen wir die Grenze erkennen. Das hat die Kirche in den letzten Jahrzehnten neu gelernt, zu fragen: Wo ist die Schöpfungsverantwortung? Da braucht es einen Anstoß von außen, von Greenpeace und anderen, und die Kirche ist gut darin beraten anzunehmen, was von Umweltaktivisten angeboten wird.

Formulierungen wie „der Mensch als Krone der Schöpfung“ oder die explizite Aufforderung „Vermehret euch!“ müssen doch zu Missverständnissen führen.



Alles, was wir als Christen zu tun haben, muss nach außen hin ablesbar und erkennbar sein. Wenn wir sagen, wir lieben die Schöpfung, wir machen sie uns untertan als Geschenk, als Gabe, die zur Aufgabe wird, und wenn das aber nicht ablesbar wird, weil wir sie ausnützen, grenzenlos übernutzen, dann ist diese Liebe zur Schöpfung indiskutabel. In jedem Auftrag steckt eine Möglichkeit des Missbrauchs. Wir müssen als Christen jeden Tag nachjustieren, was daran positiv nutzbar ist und was zu viel.

Da braucht es einen Anstoß von außen, von Greenpeace und anderen, und die Kirche ist gut darin beraten anzunehmen, was von Umweltaktivisten angeboten wird.

Das Christentum hebt den Menschen höher als die meisten anderen Religionen.

Dazu stehen wir, dass der Mensch in seiner Freiheit und seinen Fähigkeiten eine besondere Krone der Schöpfung ist und damit aber auch eine besondere Verantwortung zu tragen hat – gegenüber der Schöpfung, gegenüber sich selbst. Der Mensch darf nicht alles, was er kann. Glaube besteht als erstes aus Trauen, aus Vertrauen darauf, dass Gott es gut mit uns meint. Auch mit dem, was er uns auferlegt an Geboten und Verboten und Möglichkeiten. Dort, wo Misstrauen hineinkommt, missbrauchen wir die Schöpfung.

Es gibt eine Parallele zwischen Greenpeace und der Kirche: Wir „predigen“ beide – auf reichlich unterschiedliche Art – weniger Konsum und zeigen auf, dass weniger mehr sein kann.

Absolut. Wir predigen, das rechte Maß zu halten. Die Unmäßigkeit hat im Gebrauch der Schöpfung zu sehr vielen Umweltsünden geführt. Die Unmäßigkeit im Genuß tut uns gesundheitlich nicht gut. Sie verzerrt das menschliche Miteinander. Das Maßhalten ist eine christliche Tugend.

Dann müsste die christliche Kirche grenzenlosem Wachstum, etwa im Wirtschaftsbereich, kritisch gegenüber stehen?

Da gab es natürlich immer wieder kritische Massen in der christlichen Tradition, die Bettlerorden im 13. Jahrhundert etwa. Und auch heute ist es gut zu wissen, dass innerhalb der christlichen Tradition die Idee erwächst, wir müssen Maß halten mit dem, was uns an Schöpfung anvertraut ist.

In den Pfarrgemeinden passiert allerlei für den Umweltschutz. Was gibt es da?

Unzähliges wird in einzelnen christlichen Pfarrgemeinden versucht, von kleinen Aktivitäten bis zu größeren Zusammenschlüssen mit der Arge Schöpfungsverantwortung, wo wir sagen, wir müssen auch diözesanweit oder darüber hinaus zusammenarbeiten.

Also gibt es auch von oben Klimavorgaben?

Von oben insofern, als klimabewusstes, schöpfungsgerechtes Handeln in Arbeitsgruppen wach gehalten, allen Christen angeboten und von den Bischöfen gestützt wird, auch von außen an die Gemeinden, an die UNO herangetragen wird, als Petition, macht doch etwas, gebt Vorgaben, die wir als Christen auch stützen wollen.

Wäre da nicht mehr drin? Wenn alles Leben Gottes Schöpfung ist, dann müssten doch längst alle Pfarrer von den Kanzeln

herunter für den Klimaschutz predigen?

Umweltschutz, Klimagerechtigkeit, faires Handeln sind heute ein Gebot der Stunde, und kein Pfarrer kann sich um diese Themen drücken. Er wäre schlecht beraten, wenn er das aus der Botschaft des Evangeliums ausklammern würde. Wir sehen das heute deutlicher als früher. Das müssen wir demütig eingestehen, dass wir da den Anstoß von außen gebraucht haben. Jetzt geht es darum, Schritt für Schritt umzusetzen, was wir erkannt haben, und von anderen nicht mehr zu verlangen, als wir selber bereit sind zu geben. Es geht um kleine Beiträge, von der Wahl der öffentlichen Verkehrsmittel bis zum Einkaufen oder dem Umgang mit dem Müll. Immer sind wir in Gefahr zu sagen, das ist ja nur so wenig. Aber wenn ich nicht beginne, dann geschieht nichts.

Wenn Jesus noch einmal auf die Erde käme, wäre er ein Umweltschützer?

Er würde sicher viel mehr den Umweltschutz verbalisieren, als es in den Evangelien der Fall ist, weil damals war das noch kein Problem. Er würde die Finger in die Wunden der Zeit legen. Und eine Wunde ist sicher, dass wir zu achtlos mit dem umgehen, was uns als Schöpfung und Umwelt umgibt. ●

Interview: Roman Kellner

Fotos: Seite 6: GP/Kurt Prinz • Seite 7: GP/Ingrid Fankhauser

MEHR INFORMATIONEN:

zur Arge Schöpfungsverantwortung:
www.argeschoepfung.at

zum Stephansdom:
www.stephansdom.at

WILD WILD WEST

Wir befinden uns im Jahre 2009 n. Chr. Der ganze Nordosten der kanadischen Provinz Alberta ist von Ölkonzernen besetzt. Die ganze Region? Nein! Ein von unbeugsamen Friedensgrünen angeführtes Grüppchen hört nicht auf, den Eindringlingen Widerstand zu leisten. Sie fürchten sich eigentlich nur vor einem: dass uns allen die Klimasünden Albertas auf den Kopf fallen werden.

von Verena Ahne

Doch die westliche Provinz Alberta, Inbegriff solchen Sehns, hat genug von den Klischees. Sie geht ihren eigenen Weg – direkt in den Alptraum. Seit seine Ölsande zu den Weltölreserven gezählt werden, was erst seit ein paar Jahren und nicht von allen gern getan wird, weil so einfach wie sonst wo ist das Öl hier nicht zu gewinnen, davon aber später, trotzdem also ist Kanada zu den führenden Ölnationen aufgestiegen. Genau genommen ist es die führende Ölnation, gleich nach Saudi-Arabien.

Es sprudeln zwar keine Quellen, das nicht. Aber es gibt Sand. Ölsand: Auf einem Gebiet größer als Großbritannien schlummern im Nordosten der Provinz geschätzte 175 Milliarden Barrel Öl in der Erde, à 159 Liter. Als nicht förderbar geltende Schichten nicht eingerechnet – das wäre dann noch ein Vielfaches –, geht es um 24 Milliarden Tonnen Öl. Zum Vergleich: In Saudi-Arabien soll es noch 36 Milliarden Tonnen geben, so ungefähr, genau weiß das ja niemand.

Das Alberta-Gold ist ziemlich schmutzig: eine Mischung aus Sanden, Ton, Wasser und, tja, Schwerstöl. Früher waren das Pflanzen, Algen und Plankton, aber im Laufe der Jahrmillionen sind sie zu einer schwarzen, zähflüssigen Masse geworden, die sich um jedes einzelne Sandkorn herumgelegt hat. Bitumen heißt das

klebrige Zeug, einmal was anderes als Ahornsirup, die Menschen hier haben es früher zum Abdichten ihrer Kanus verwendet. Ab sechs Prozent Bitumen gilt das Sandschürfen heutzutage als rentabel. Gut für Alberta, ölfördertechnisch, denn dort hat der Sand mindestens zehn bis zwölf Volumsprozent. Trotzdem hatten die neuen, gewinnorientierten Menschen lange kein Interesse an dem Sand: Zu schwierig und zu teuer war ihnen das Abtrennen des Erdpechs. Doch der Preis hat es in sich: Kaum klettert er, macht es Sinn, auch 40 Dollar und mehr pro Barrel Rohöl für Förderung und Aufbereitung auszugeben.

BOOMTOWN FORT MCMURRAY

Fort McMurray – das klingt wie der Wilde Westen, und so fühlt es sich auch an im Zentrum der Ölsande: Aus dem ganzen Land und weit aus Asien her folgen Geldritter den Rufen der Industrie, die mit gutem Sold zu harter Arbeit lockt, gewerkschaftsfrei. Die Infrastruktur der Stadt ist unter dem Ansturm der letzten Jahre praktisch zusammengebrochen. Wohnraum gibt es viel zu wenig, oder er ist unerschwinglich, viele Arbeiter schlafen in Baracken, Eiszapfen inklusive. Es gibt mehr Drogen und Gewalt als sonst wo im Lande, die Luft ist schlechter, das Leben karg. Trotzdem will niemand, dass am Ölabbau gerüttelt wird. Das schwarze Gold hat Alberta zur reichsten Provinz Kanadas gemacht, mit Abstand.

Seither hat ein Wettrennen um die Claims eingesetzt. Shell, BP, ExxonMobil, Total, Suncor, Syncrude, StatoilHydro – alles, was Rang und Namen hat im Ölgeschäft, hat sich in nur einem halben Jahrzehnt in Position gebracht. Projekte wurden eingereicht oder sind bereits am Laufen, über 2.000, deren Auswirkungen wahrhaft atemberaubend sind.

Schon jetzt werden in Alberta pro Tag rund 1,2 Millionen Fass Rohöl erzeugt, das ist fast eine Vervielfachung in zehn Jahren. Wenn es nach den Wünschen des Premierministers geht, Stephen Harper, ein Mann vom Schlage George W.s – und natürlich nach den Wünschen der Ölgiganten, die schon so viele Millionen ihrer Petrodollars in die Aufschließung des Gebietes gesteckt haben –, soll die Kapazität im nächsten Jahrzehnt noch einmal um 300 bis 400 Prozent steigen.

Öko-desaströs

Leider hat Bitumen mit konventionellem Öl so viel gemein wie Zwetschken mit Sliwowitz – ein weiter Weg, bis aus dem Gatsch Brennbare wird.

Schon der Abbau ist langwierig und kompliziert. Der Tagbau: Meter um Meter radieren Bagger und gigantische Schaufelräder die Erdoberfläche weg. Die größten Fuhrwägen der Welt, jeder von ihnen 200 Tonnen schwer, bringen den

Sand zum Upgrader, einer Anlage, in der die dunkle Masse mit Hitze, Wasser und Chemikalien „gecrackt“, dann upgegradet oder veredelt wird: mit viel Aufwand zu synthetischem Öl gemacht, erst jetzt Pipeline-tauglich, erst jetzt Basis für Treibstoffe und andere Ölerzeugnisse.

Zwei Tonnen Ölsand müssen bewegt werden für ein Barrel Öl – nichts bleibt von den Waldgebieten unserer Fernwehträume als Schlammwüsten. Zwar steht irgendwo, ausgebeutete Gebiete sollten wieder aufgeforstet werden; doch für mehr als ein paar kosmetische Versuche hat es bisher nicht gereicht.

Noch aufwändiger die „In situ“-Verfahren, die Förderung ab 75 Meter Tiefe. Vom Tage her kommt man ja nur in wenigen Gebieten ran an den Sand: 80 Prozent von Albertas Reichtum liegen unter der Erde. Und das macht die Sache so richtig teuer. Schächte werden gegraben, von einem Zentralstollen weg sternförmig in alle Richtungen. Dann wird mal kräftig Tiefenwärme erzeugt: mit Wasserdampf über Wochen, sogar Monate hinweg, bis die Erde auf mehrere Hundert Grad erhitzt ist. Neuere Methoden setzen auch auf Lösungsmittel – giftig, aber nicht ganz so energieintensiv – oder auf Kombinationen von beidem. So trennt sich das schwere Öl dann doch von seinem Sand, tropft träge in die Stollen. Erst jetzt

kann es heraufbefördert werden. Bis dahin ist viel Wasser im Spiel: 650 Liter pro Ölfass, bei der derzeitigen Fördermenge summiert sich das auf den Gesamtbedarf von Calgary, einer Millionenstadt.

Ein weiteres Wasserproblem: Unterirdisch wird aus sauber hoch giftig. Der Dampf löst neben Bitumen auch anderes Gefährliches aus dem Boden, Substanzen wie Quecksilber, Kadmium, Arsen. Vier Liter Giftblühe kommen mit jedem geförderten Liter Öl wieder an die Oberfläche, sammeln sich – weggepumpt – in riesigen Senken. In Summe füllen sie bereits zweimal den Chiemsee, Planschbecken wie der Syncrude Mildred Lake, der größte Giftsee des Planeten: Damit nicht gar so viele ahnungslose Wasservögel auf ihm zugrunde gehen, wurden Warnschussanlagen installiert.

Schätzungsweise gelangen in Alberta auch jeden Tag elf Millionen Liter Gift-H₂O ins Grundwasser oder die umliegenden Flüsse. Schon leiden stromabwärts die Menschen vermehrt an seltenen Krankheiten; sie sprechen von „Cancer Alley“: Dort kriegt man Krebs. Das Flusswasser, so heißt es, sei unbedenklich. Doch in der Nahrungsgrundlage der Region, den Fischen, wurden hohe Schwermetallkonzentrationen nachgewiesen. ➔

WILD WILD WEST



HAUPTVERSORGER DER USA

Nicht nur die Rohstoff-Verknappung lässt das schwarze Gold Albertas glänzen. Hauptölabnehmer Kanadas sind die USA, die unabhängig(er) vom Nahen Osten werden wollen und großes Interesse an verlässlichen Förderstätten haben. Mit erstaunlich ungünstigen Verträgen hat Kanada seine Rechte über die Alberta-Felder mittlerweile praktisch aus der Hand gegeben: an ausländische – hauptsächlich europäische – Ölkonzerne, die die USA beliefern. Derzeit werden zwei Drittel, in absehbarer Zeit bis zu 80 Prozent des in Kanada geförderten Öls ohne Umwege in den Süden gepumpt. Alle Pipeline-Pläne der nächsten Jahrzehnte laufen von Nord nach Süd, West-Ost-Verbindungen sind nicht vorgesehen. Gleichzeitig importiert Kanada für den Eigenbedarf Öl aus dem Nahen Osten.

176 Kilogramm CO₂ pro Barrel. Manche Projekte sind sogar zehnmal so schädlich wie die Förderung von Nordsee-Öl. Albertas Schlote, Senken und Stollen tragen zurzeit mehr zum Treibhauseffekt bei als Estland oder Litauen. Mit der bis 2020 avisierten Fördermenge könnte ein einziges Industrieprojekt dann den CO₂-Ausstoß von Österreich, Belgien oder Dänemark übertreffen. Noch nicht eingerechnet sind hier die so gedankenlos verübten Verbrechen an den alten Nadelwäldern und (Moor-)Böden, die allein rund 8,7 Milliarden Tonnen CO₂ gespeichert halten und – wie alle großen Wälder – Teil jenes weltumspannenden Regulationssystems sind, das unser aller Klima balanciert.

Aufwachen!

Kanadas Umweltreputation ist futsch. Mit der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls hat sich das Land zwar verpflichtet, seine Emissionen bis zum Jahr 2012 um sechs Prozent unter das Niveau von 1990 zu drücken. Stattdessen wurden zwischen 1990 und 2006 um ein Drittel mehr Treibhausgase freigesetzt, ein Gutteil davon in Alberta. Steigerungen sind vorgesehen, in Übereinstimmung mit dem aktiven Lobbying des Landes gegen jede Form von Klimaschutz.



Greenpeace bekämpft das „Klimaverbrechen“

Höchste Zeit also für einen Weckruf, der das Provinzproblem zu einem globalen macht: Der Ölsand-Abbau ist momentan die am schnellsten wachsende Emissionsquelle unseres Planeten – das geht uns alle an! Deshalb marschierten Mitte September 20 Greenpeace-AktivistInnen mitten hinein in eine Tagbaustätte von Shell, entrollten mehrere Banner mit der Aufschrift „Ölsand – Klimaverbrechen?“ und legten den Betrieb für Stunden lahm. Die Botschaft: „Wir bekämpfen den Klimawandel genau dort, wo er passiert.“ Ende September ruderte eine Gruppe AktivistInnen in Schlauchbooten den Athabasca River hinunter und besetzte in einer spektakulären Aktion für zehn Stunden ein Förderband der Firma Suncor. Auch ein Upgrader von Shell wurde einen Tag lang eingenommen. Die Industrie, völlig überrumpelt von den Aktionen und dem Medienecho, klagt über einen kaum wieder gut zu machenden Imageschaden.

Auch über den Ozean ist der Protest geschwappt. Am 8. Oktober gelang es 30 AktivistInnen, auf dem Gelände des französischen Ölkonzerns Total in der Nähe von Le Havre drei riesige Banner mit der Aufschrift „Total investiert in nachhaltige Zerstörung“ zu montieren. Das sind die ersten Schritte. Weitere werden folgen. Denn hier geht es nicht (nur) um ein paar Fernwehträume. Sondern um das Wohl des großen Ganzen. ●

Fotos: Seite 8-10: GP/Jiri Rezac

your **act**s

PROTESTIEREN SIE HIER:
www.greenpeace.org/international/campaigns/climate-change/stop-the-tar-sands

Klimazeugen und KLIMAOPIFFER

Der Klimawandel ist ein globales Problem. Anhand einzelner Brennpunkte der Veränderung lässt sich schon jetzt erahnen, was auf uns zukommen könnte.

von Roman Kellner





Klimazeugen und

„WO SOLLEN WIR DENN HIN?“
Den Bewohnern der Sundarbans steht das Wasser bis zum Hals

► **Jotshana Sikdar** kann sich noch genau an die große Flut erinnern: „Es war an einem Montag um neun Uhr in der Früh. Innerhalb einer Minute stand das gesamte Dorf unter Wasser. Wir hatten keine Zeit, irgendetwas in Sicherheit zu bringen. Wir schwammen mit unseren Kindern zu einem Geschäft und setzten uns auf das Dach. Wir saßen da und schauten zu, wie unser Haus zerfiel. Jetzt haben wir nichts mehr.“

Die Kombination aus steigendem Meeresspiegel und Wirbelstürmen ist fatal.

Jotshana lebt auf der Insel Satjelia im Osten der Sundarbans. Der etwa 6.000 km² große Mangrovenwald an der Grenze von

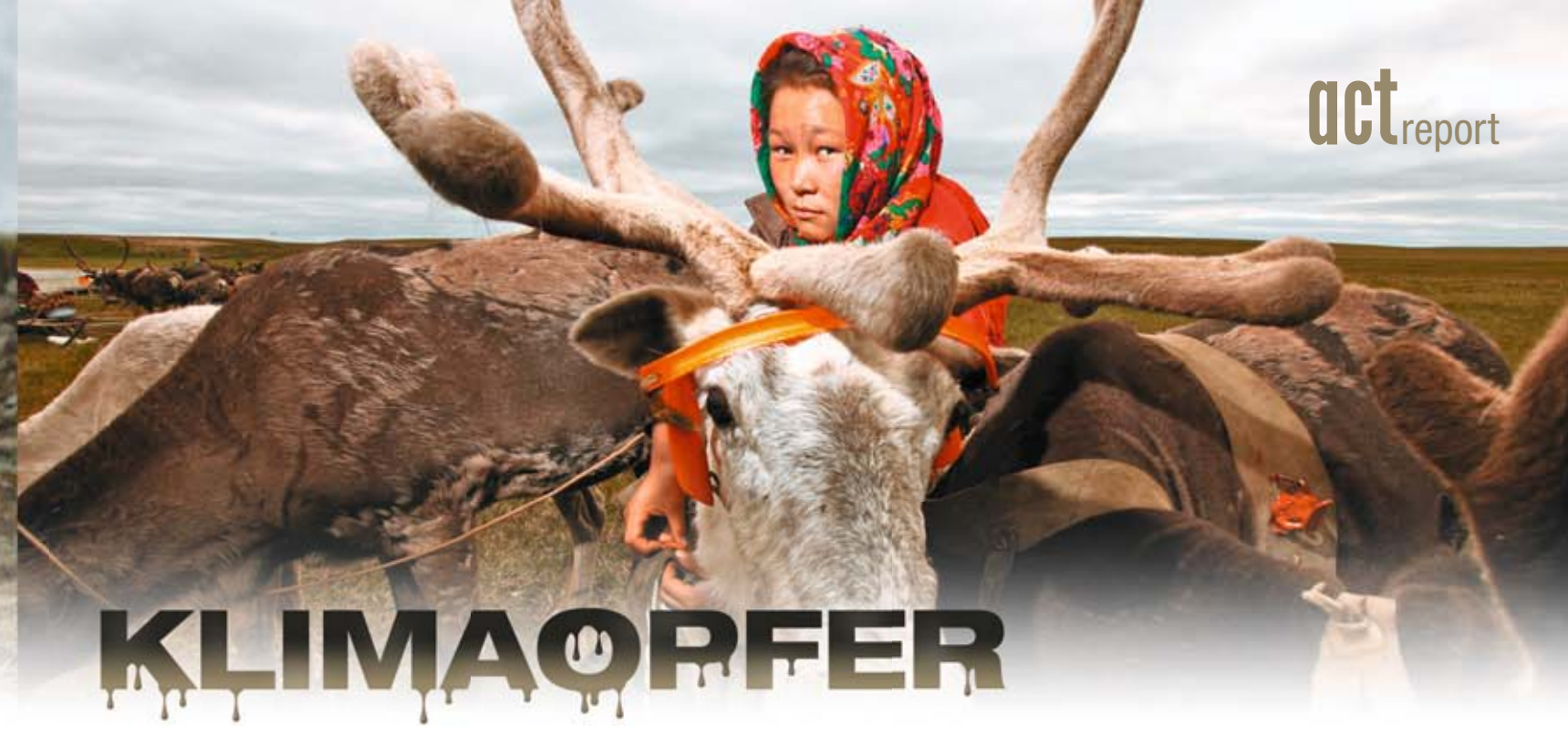
Indien und Bangladesch ist zu weiten Teilen ein Nationalpark. Der berühmteste Bewohner dieses fragilen und artenreichen Ökosystems ist der vom Aussterben bedrohte Bengalische Tiger.

Für die Menschen der Region hängt alles mit dem Wasser zusammen. Vier große Flüsse münden in dieses verzweigte Deltasystem, sie führen die abgereinigten Niederschläge von den Südhängen des Himalaya und saisonal bedingt große Wassermassen der Monsun-Zone dem Meer zu. Vier Millionen Menschen leben hier, sie nutzen die Fischreichtümer, aber sie leiden auch unter den Launen der Natur. Und die nehmen zu. Die Kombination aus steigendem Meeresspiegel und wärmebedingt immer heftigeren Wirbelstürmen ist fatal. Deiche bersten, das Meerwasser dringt auf Felder vor und versalzt die fruchtbare Erde oder schwemmt sie überhaupt weg. Erst im Mai dieses Jahres tötete der Zyklon Aila Hunderte Menschen

und machte Tausende heimatlos. Auch die Familie der zwölf Jahre alten Anjana Koyal hat bei dem tropischen Sturm alles verloren. Nun wartet sie, dass das Wasser sich wieder zurückzieht: „Der Wasserspiegel steigt, vor allem in der Nacht. Es gibt viel zu viele Moskitos, und das Wasser stinkt.“

Den Menschen vor Ort bleibt nichts anderes übrig, als immer tiefer ins Land hinein auszuweichen. Sie werden Flüchtlinge, die in Zelten an den Straßen wohnen. Und die Sundarbans sind nur ein kleiner Ausschnitt des Problems. Allein in Bangladesch bedroht der ansteigende Meeresspiegel Hunderte Millionen Menschen: die Klimaflüchtlinge der Zukunft – wenn sie überhaupt einen Ort haben, wohin sie flüchten können. Jotshana meint dazu: „Wir haben nicht vor wegzugehen, schon unsere Ahnen wurden hier geboren. Und außerdem: Wo sollen wir denn hin?“

Fotos: Seite 11-12: Peter Caton / GP



KLIMAOPPFER

DAS GROSSE TAUEN
Die nordrussischen Nenzen beobachten, wie sich die Permafrostböden auflösen

► **„Das Ende der Welt“** nennen die Rentier-Nomaden von Jamal ihre Heimat. Und das ist eine gute Beschreibung der nordrussischen Halbinsel, die sich etwa 700 Kilometer ins arktische Meer hineinzieht. Es ist eine unwirtliche Gegend, im Winter kann es minus 50 Grad bekommen, im Sommer sind die Moskitos stete Begleiter. Aber die Nenzen haben sich gut angepasst. Ihre Chums, Tipi-ähnliche Zelte, sind schnell auf- und abgebaut, Rentierhäute wärmen besser als irgendetwas sonst. 700 Familien folgen heute in der Tundra von Jamal ihren Rentierherden und führen damit eine über tausend Jahre alte Tradition fort, die nicht einmal Stalins zerstörerische Politik völlig zu

brechen wusste. Sie kennen das Land besser als irgendjemand sonst.

Wer könnte also eher von den plötzlichen Veränderungen berichten, denen ihre Umgebung unterworfen ist? Und die sind fundamental: Der Boden taut auf. Sibirien ist bereits zwei Grad wärmer als in den 1970ern, der Permafrostboden verliert zunehmend an Härte. Dazu kommt, dass sich die Jahreszeiten verschieben. Valya Yaptik, Mutter von sechs Kindern, erzählt: „Als ich ein Kind war, bedeckten Schnee und Eis im Juni noch den Boden. Nun ist alles im Mai verschwunden. Der Herbst dauert länger, und das Eis auf dem Fluss kommt später.“

Das Problem ist freilich nicht auf diese Region beschränkt, es betrifft ganz Nordsibirien, wo die Infrastruktur einem unnachgiebigen Boden angepasst ist. Gibt der Boden doch nach, leeren sich Seen, verbiegen sich Schienen, werden Straßen unpassierbar. „Wenn der Perma-

frost verschwindet, wird sich die Region um Yakutsk in eine Wüste verwandeln“, meint Leonid Kundin, Spezialist für Grundwasserbewegungen am Permafrost-Institut in Yakutsk.

Und das Problem ist noch einmal größer: Mit dem Auftauen der Böden entweicht Methan, und das ist 20-mal treibhauswirksamer als CO₂, das heißt, es heizt den Klimawandel noch weiter an. In der nördlichen Hemisphäre sind rund eine Billion Tonnen CO₂ in Form von organischem Material gebunden. Nur als Vergleich: Das ist mehr als derzeit CO₂ in der Atmosphäre vorhanden ist. Sergey Zimov steht der Northeastern Research Station von Cherskii vor und beschäftigt sich seit über 30 Jahren mit Permafrost: „Als ich jung war, hatte der Permafrostboden minus sechs bis minus sieben Grad, jetzt aber nur noch minus drei. Wenn er einmal null Grad überschreitet, wird der Prozess kaum mehr zu stoppen sein.“ ●

Fotos: Seite 13: GP/Will Rose

► Vier Millionen Menschen leiden unter den zunehmenden Launen der Natur. Meerwasser überflutet Felder und Häuser. Viele Familien haben dadurch alles verloren.



► Nomadenfamilien folgen Ihren Rentierherden. Sie kennen ihr Land und sehen wie der Boden immer mehr auftaut und sich die Jahreszeiten verschieben.



Wider besseres Wissen

Üblicherweise gibt man bei aussterbenden Tierarten die Jahre an, die ihnen noch bleiben. Beim Blauflossentun geht es um Monate.

von Antje Helms

► „Toro von Blauflossentun?“

Ja, schon, aber wir haben ihn nicht immer, und meistens bekommen wir auch nur Filets – selten einen ganzen Tunfisch!“, versucht sich die Restaurantleiterin des Gourmetrestaurants „Unkai Sushi“ im Grand Hotel an der Wiener Ringstraße an einer Entschuldigung. Überfischte Bestände und nachhaltige Fischgerichte? Kein Thema im „Unkai“. Die Gäste wollen doch den zarten Gaumenkitzel der seidigen, himmlischen Textur und zahlen sogar gern eine hübsche Summe für ein Stück „Toro hon maguro“, erlesenes Bauchfilet vom Blauflossentun.

Das rote Fleisch ist eben nicht nur in Japan begehrt, Sushi und Sashimi sind mittlerweile weltweit beliebt. Doch der neueste Trend in Sachen Tunfisch scheint am Wiener Unkai bis jetzt vorbeigegangen zu sein: die Sorge um eine aussterbende Tierart. Zugegeben, im Unkai bietet man kein Pandabären-Sushi an. Aber bei näherer Betrachtung ist der Vergleich durchaus zulässig: Beide Tierarten werden von der Weltnaturschutzunion IUCN seit etlichen Jahren als vom Aussterben bedroht eingeordnet. Gleichzeitig wird das größte Dilemma der

unkuscheligen Meeresbewohner deutlich: Vom Schicksal des Großen Panda weiß jeder, aber dass wir aussterbende Fischarten als köstliche Delikatesse verspeisen, ist uns nicht bewusst.



Über 85% wurden in den letzten Jahren gefangen

Um den Blauflossentunfisch, auch Roter oder Großer Tun genannt, steht es allerdings dramatisch schlecht. Einige Experten geben dem Überleben dieser bedrohten Tunfischart keine 20 Monate mehr. Über 85 Prozent der fortpflanzungsfähigen Tiere, deren wichtigstes Laichgebiet im Mittelmeer vor Mallorca liegt, wurden in den letzten Jahren weggefischt – gegessen. Als in den 1950er Jahren der letzte Blauflossentun in der Nordsee gefangen wurde, gingen im Atlantik noch gigantische Exemplare bis zu 900 Kilogramm ins Netz. Inzwischen liegt das durchschnittliche Fanggewicht im Mittelmeer bei 65 kg – halb so viel wie noch 2001. Dieser Trend lässt Böses ahnen, denn es sind vor allem die großen

Exemplare, die beim Laichen den meisten Nachwuchs hervorbringen.

Immerhin können sich die Hauptakteure in diesem Drama inzwischen kaum noch auf ihre Unwissenheit ausreden. Die exklusive Veranstaltung Sushi Awards, bei der alljährlich die weltbesten Sushi-Meister einander mit ihren Kreationen zu übertrumpfen versuchen, hat dieses Jahr ein Blauflossentun-Verbot erlassen – aus Artenschutzgründen. Dass der Verzicht auf bedrohte Fischarten auch für wahre Gourmets möglich ist, machen inzwischen etliche Top-Sushi-Restaurants vor, darunter Caroline Bennett von „Moshi Moshi“ in London oder Hajime Sato in seiner „Komplett nachhaltigen Sushi-Bar“ in Seattle. Nach Beratung mit Greenpeace-Fischexperten haben beide ihr komplettes Fischmenü auf nachhaltige Quellen umgestellt, mit Erfolg: „Da ich jetzt direkt von den Fischern kaufe, kann ich sicher sein, dass ich nicht nur Nachhaltigkeit, sondern auch die frischeste und beste Qualität für meine Gäste bekomme“, schildert Caroline Bennet ihre Motivation.

Im Gegensatz dazu geraten die Sushi-Nobelkette „Nobu“ und ihr Besitzer Robert de Niro immer mehr ins Kreuzfeuer der Kritik. Dreißig seiner prominentesten Kollegen und Kunden boykottieren derzeit ihr Lieblingslokal: Charlize Theron, Sting oder Starmodel Elle Macpherson machen sich öffentlich für den Boykott von Blauflossentunfisch stark. Als Stammgäste des „Nobu“ wurden sie von einem Dokumentarfilm wachgerüttelt, der diesen Sommer in den britischen Kinos startete: In „The end of the line“ dokumentiert der Buchautor und Journalist Charles Clover am Beispiel des

Blauflossentunfisches auf eindrucksvolle Weise das Drama der Überfischung – mit „Nobu“ in der unrühmlichen Hauptrolle.

Die wichtigste prominente Unterstützung aber hat nun dazu geführt, dass sich endlich auch Regierungschefs mit dem Fisch beschäftigen müssen. Prinz Albert von Monaco und seine Regierung erklärten einen landesweiten Verzicht auf Blauflossentun und reichten am 13. Oktober beim Washingtoner Artenschutzabkommen CITES den Antrag für ein



Beispiel für „nachhaltiges“ Sushi: Bonito-Tunfisch

internationales Handelsverbot ein. Für die EU-Fischereiminister schrillten plötzlich die Alarmglocken: Sollten die 175 Vertragsstaaten dieses bindenden Artenschutzabkommens bei ihrer nächsten Konferenz im März 2010 in Doha (Qatar) den Antrag annehmen, würden sie selbst damit ihr komplettes Versagen peinlich eingestehen müssen.

Denn sie sind es, die jahrzehntelang in der zuständigen Fischereiorganisation ICCAT (Internationale Kommission für den Schutz des Atlantischen Tunfisches) die Festlegung von „nachhaltigen“ Fangquoten blockiert haben. Auf massives Drängen der EU lag die von der ICCAT im November 2008 genehmigte



Fangmenge bei 22.000 Tonnen pro Jahr und damit doppelt so hoch wie die Empfehlung der eigenen Wissenschaftler. 12.400 Tonnen davon gingen an die sieben EU-Fangnationen, darunter Italien, Frankreich, Spanien und Malta. Dabei war bekannt, dass die tatsächliche Fangquote im Jahr 2007 mit 61.000 Tonnen doppelt so hoch wie die erlaubte lag. Die Hälfte ging also illegal ins Netz.

Mitte September 2009 schlug die EU-Kommission den europäischen Fischereiministern vor, dem internationalen Handelsverbot zuzustimmen. Doch wieder einmal siegten die Interessen der Fischereiindustrie über den „Common Sense“. So stimmte zwar die große Mehrheit der EU-Länder dafür – alle sechs Mittelmeerlande, die aktiv am Tunfischfang beteiligt sind, aber dagegen. Auch Frankreich, dessen Staatspräsident Sarkozy sich noch im Sommer auf einer Meereskonferenz in La Grenelle für ein Handelsverbot ausgesprochen hatte. Zu früh gefreut: In den Wochen danach ruderte er zurück, offensichtlich unter dem Druck der Fischereiindustrie. Sie fürchtet um ihr Millionengeschäft, denn das rote Thunfischfleisch aus dem Mittelmeer erzielt auf dem weltgrößten Fischmarkt in Tokyo bis zu 80 Euro pro Kilo. Kurzfristiger Profit steht hier immer noch höher im Kurs als langfristiger, schonender Umgang mit den eigenen Ressourcen.

Keine andere Fischart schildert unseren miserablen und kurzsichtigen Umgang mit der „Ressource Meeresfisch“ so eindrucksvoll wie die Geschichte des Blauflossentun. Inzwischen fordern nicht nur die üblichen Umweltschutzaktivisten wie Greenpeace und der WWF ein Fang- und Handelsverbot, um eine der größten

Fischarten vor dem Aussterben zu retten. Auch die Fischereibiologen der ICCAT sehen diese beiden Maßnahmen als unerlässlich an, um eine Erholung der Bestände zu gewährleisten.

Ignorieren die verantwortlichen Fischereiminister und Staatschefs weiterhin die Forderungen der Biologen, die Fischerei sofort zu stoppen, ist es 2012 aus mit dem „Ferrari der Meere“. Auch die Konferenz des Washingtoner Artenschutzabkommens tritt nur alle drei Jahre zusammen, um in Bedrängnis geratene Arten durch ein Handelsverbot vor dem Aussterben zu schützen. Wenn der Blauflossentunfisch also im März 2010 in Doha durchfällt, könnte es für diese Art endgültig zu spät sein. Es sei denn, es gibt genügend verantwortungsvolle Sushi-Liebhaber, die angesichts dieses Umweltskandals von sich aus bei „Unkai“, „Nobu“ und Co. ihre Macht als Kunden ausspielen. ●

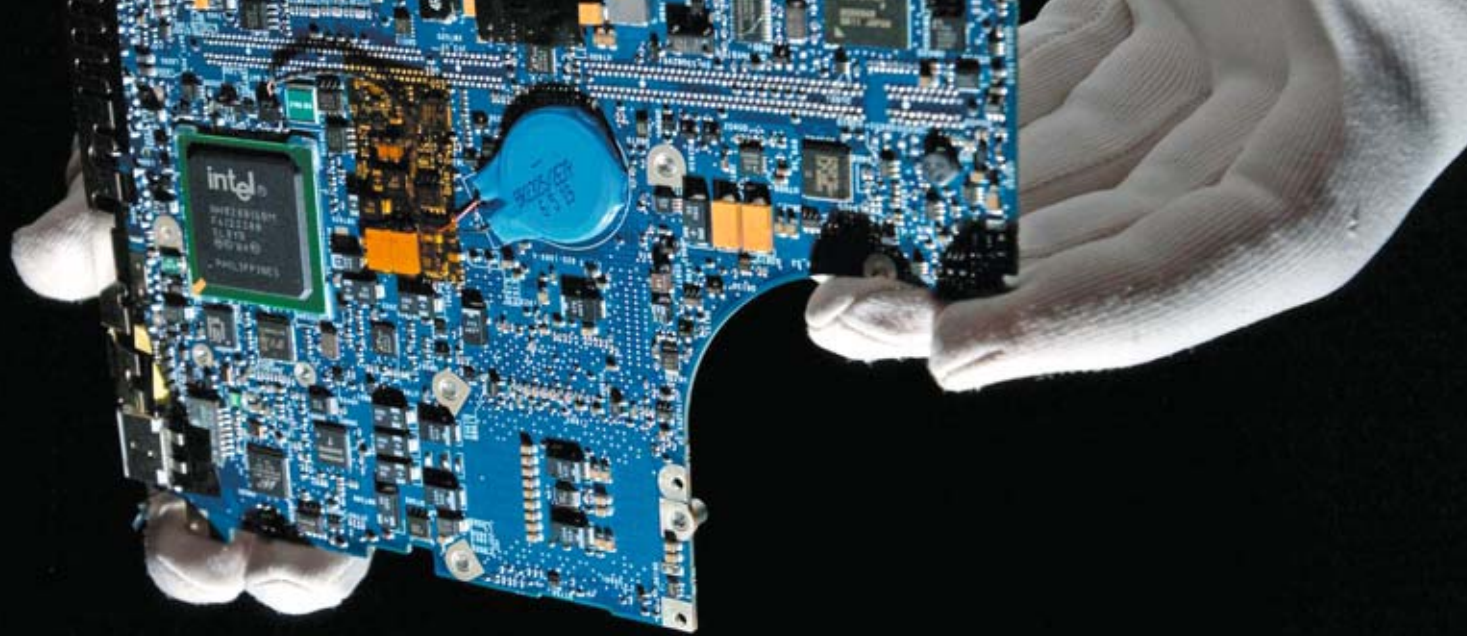
Fotos: Seite 14: (von oben) Manu San Felix / GP • GP / Marco Care
Seite 15: (von oben) Gavin Parsons / GP • www.sustainablesushi.net

your **act**s

FORDERN SIE Nobu und Unkai auf, auf Blauflossentun zu verzichten und machen Sie sich für nachhaltig gefangenen Fisch im Sushi stark: www.greenpeace.at/Blauflossentun

MEHR INFORMATIONEN zu Blauflossentun finden Sie hier: www.greenpeace.at/tunfisch
www.endoftheline.com
www.sustainablesushi.net

GREENPEACE-EINKAUFSRATGEBER für Fisch & Meeresfrüchte: www.greenpeace.at/rotefische



Die grüne Elektronikrevolution

Die Elektronikbranche macht zurzeit erfreuliche Fortschritte in Richtung ökologischerer Produktion. Das Verdienst von Greenpeace.

von Claudia Sprinz

► **Der globale Müllberg** aus elektronischen Geräten wächst rasant. Betrug im Jahr 2005 die Nutzungsdauer eines Computers in Industrieländern noch durchschnittlich sechs Jahre, so waren es 2007 schon nur noch zwei. Auch Mobiltelefone werden im Schnitt alle zwei Jahre ausgetauscht. Im Jahr 2004 wanderten weltweit rund 183 Millionen neue Computer über den Ladentisch, 2010 werden es bereits über 700 Millionen solcher Geräte sein. Das ist ein Problem. Und Greenpeace war die erste Organisation, die im Jahr 2005 einen Bericht zu dem Thema veröffentlichte.

Schattenseiten der Entwicklung
Elektronische Produkte bestehen aus Hunderten Komponenten, die Schwermetalle und gefährliche Chemikalien enthalten können, beispielsweise das Dauergift PVC. Diese Substanzen stellen bei der Produktion, bei der Verwendung und nach der Entsorgung ein Gesundheitsrisiko für Menschen und eine Belastung für die Natur dar. Greenpeace

hat aufgezeigt, dass Elektronikschrott aus Industrieländern oft in Afrika und Asien landet (siehe auch ACT 2009/2). Obwohl die EU den Export von Elektronikschrott offiziell verbietet, landen defekte Geräte – getarnt als Altgeräte – in diesen Ländern. Die Menschen vor Ort, oft noch Kinder, können die wertvollen Rohstoffe brauchen und zerlegen die Altgeräte. Sie wissen nicht, dass die elektronischen Bauteile Schadstoffe enthalten können und setzen sich ihnen ungeschützt aus.



Greenpeace bekehrt Apple

Auch für das Klima ist der weltweite Anstieg an Elektronikprodukten eine Belastung: Der Informations- und Kommunikationstechnologie-Sektor ist bereits für rund zwei Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich.

Regelmäßige Greenpeace-Untersuchungen

All diese Gründe haben Greenpeace dazu veranlasst, der Elektronikbranche kritisch auf die Finger zu schauen und Verbesserungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Seit

August 2006 veröffentlicht die Organisation vierteljährlich den Ratgeber „Grüne Elektronik“. Er bewertet die globale Politik führender Hersteller von Mobiltelefonen, PCs, TV-Geräten und Spielkonsolen hinsichtlich gefährlicher Chemikalien, Elektronikschrott und Energie. Seit 2007 führt Greenpeace einmal jährlich „Grüne Elektronik“-Produktankündigungen durch. Zuletzt wurden im Jänner 2009 fünfzig Geräte von fünfzehn marktführenden Unternehmen (Computer, Notebooks, Mobiltelefone, Smartphones/PDAs, Fernseher und Computermonitore) auf gesundheitsschädliche Chemikalien, den Energieverbrauch, die Nutzungsdauer und die Recyclingfähigkeit geprüft. Seit Mitte 2009 gibt es das Firmenranking „Cool IT“, welches das Engagement und die Aktivitäten von Informationstechnikunternehmen für den Klimaschutz unter die Lupe nimmt und nach folgenden Kriterien bewertet: Entwicklung von IT-Lösungen für andere Wirtschaftszweige, Engagement für die UN-Klimakonferenz in Kopenhagen, Senkung der eigenen Treibhausgasemissionen.

Grüne Elektronik als wirtschaftliche Chance

Mehrere große Elektronikunternehmen haben bereits erkannt, dass eine schrittweise Umstellung auf eine „grünere“ Produktion auch mit wirtschaftlichen Vorteilen verbunden ist:

- Einsparung von Zeit und Kosten bei der Rückgewinnung von Rohstoffen
- Vereinfachung des Recyclings bei der

- Vermeidung gefährlicher Chemikalien in Komponenten
- Kostenersparnis durch Erhöhung des Anteils von erneuerbaren Energieträgern in der Produktion
- Wettbewerbsvorteile beim Verkauf von Energie sparen den Produkten, weil diese stärker nachgefragt werden

Elektronik und Klimaschutz

Die von der Elektronikindustrie in Auftrag gegebene Studie „Smart 2020“ zeigt, dass allein die Informations- und Kommunikationstechnologie das Potenzial hat, die weltweiten Treibhausgasemissionen um unglaubliche 15 Prozent zu reduzieren. Vor allem durch intelligente Services und Produkte für andere Wirtschaftszweige (von Transport- und Logistiksystemen über Gebäudetechnik bis zu Energie- und Versorgungsnetzen) kann die Elektronikindustrie zur Reduktion des Klimawandels beitragen. Für andere Branchen, etwa die Ölindustrie, sind ambitionierte Klimaschutzziele ein Hindernis. Die Elektronikbranche profitiert jedoch aufgrund der höheren Nachfrage an intelligenten Lösungen; für viele Unternehmen eröffnen sich neue Geschäftsmöglichkeiten. Daher fordert Greenpeace auch von diesen Unternehmen, sich öffentlich und politisch für den Klimaschutz zu engagieren.

Vom Saulus zum Paulus

Aufgrund der Arbeit von Greenpeace haben viele Elektronikunternehmen diese Möglichkeiten erkannt und sich in den letzten Jahren deutlich verbessert. Ein Beispiel für einen besonders drastischen Wechsel ist Apple. Beim ersten „Grüne Elektronik“-Ranking im August 2006 hat Apple noch bei fast allen Kriterien schlecht abgeschnitten und auch kein großes Interesse an Verbesserungen gezeigt. Im Dezember 2006 belegte Apple sogar den letzten Platz. Greenpeace startete daraufhin die Kampagne „Green my Apple“. Mit Erfolg: Im Mai 2007 kündigte das Unternehmen auf seiner Website einen Wechsel an. Mittlerweile ist Apple Vorreiter bei der Eliminierung gefährlicher Chemikalien aus seinen Produkten geworden. Nun ist der Konzern sogar in den USA aus der Handelskammer ausgetreten, weil diese massiv gegen das geplante US-Klimaschutzgesetz lobbyiert. Um in jeglicher Hinsicht „grün“ zu sein, gibt es zwar noch einiges für Apple zu tun, doch die Entwicklungen der letzten drei Jahre sind sehr viel versprechend. ●

Fotos: Seite 16: (von oben) GP/Rose William • GP/Henna Tahvanainen

your acts

ÜBERPRÜFEN SIE vor dem Neuerwerb eines elektronischen Geräts, ob Sie es tatsächlich brauchen. Haben Sie die Möglichkeit, selten genutzte Geräte mit anderen zu teilen? Vielleicht lässt sich Ihr altes Gerät reparieren oder aufrüsten (siehe auch Reparaturführer, Seite 23)! Orientieren Sie sich an den Greenpeace-Ratgebern und fragen Sie bei den Elektronikherstellern nach Energie sparenden, leicht wieder verwertbaren Produkten ohne gefährliche Chemikalien. Damit können auch Sie dazu beitragen, Elektronikunternehmen zu ökologischerem Handeln zu motivieren.

WEITERE TIPPS UND INFOS rund um Elektronik:
<http://marktcheck.greenpeace.at/elektronik>

Erfolge

► Ein Kohlekraftwerk weniger

Kingsnorth, das britische Symbol für Klimazerstörung, Schauplatz groß angelegter Greenpeace-Aktionen, wankt. In Kingsnorth sollte das erste neue Kohlekraftwerk Großbritanniens seit 30 Jahren entstehen. Jetzt macht der deutsche Energieriese E.ON einen Rückzieher: Der Neubau wird verschoben. Oder gar nicht mehr stattfinden. Im Oktober 2007 erstiegen sechs AktivistInnen einen rund 200 Meter hohen Schornstein und hinterließen dort eine zwar unvollendete, aber klare Botschaft. Der Kraftwerksbetreiber zeigte sie wegen Sachbeschädigung an. Rund ein Jahr später dann das Urteil, so spektakulär wie der Protest selbst: Freispruch für die Kingsnorth Six. Das Gericht befand, die Aktion sei gerechtfertigt gewesen. Sie habe einem höheren Gut gedient. Sehr empfehlenswert der packende Film dazu: www.youtube.com/watch?v=0EGCFr2jLpU ●



► Ein Atomkraftwerk weniger

Ein großer Erfolg für Greenpeace und andere Umweltorganisationen in Bulgarien: Der deutsche Energiekonzern RWE zieht sich von einem höchst umstrittenen AKW-Projekt im nordbulgarischen Belene zurück. Damit steigen die Chancen beträchtlich, dass dieses Atomkraftwerk gar nicht mehr in Bau gehen wird. Der Standort des geplanten Kraftwerks liegt inmitten eines Erdbebengebiets, in dem erst 1977 bei einem Beben 120 Personen ums Leben kamen. ●



► Ein Abholzungsgrund weniger

Die vier größten brasilianischen Rindfleischunternehmen haben beschlossen, keine Rinder aus neu gerodeten Urwaldgebieten mehr zu kaufen. Am 5. Oktober unterzeichneten die Rinderkonzerne JBS-Friboi, Bertin, Marfrig und Minerva ein entsprechendes Moratorium. Dieser Erfolg kam erfreulich schnell. Im Juni 2009 hatte Greenpeace einen detaillierten Report über den Zusammenhang zwischen Rinderzucht und Urwaldzerstörung in Amazonien veröffentlicht. In der Folge drängten Fleisch- und Lederabnehmer wie Adidas, Nike und Walmart die brasilianische Rinderindustrie, wirksame Maßnahmen zum Urwaldschutz zu ergreifen. Das ist nun der Durchbruch. Die Rinderzucht gilt als größter Urwaldvernichter im Amazonasgebiet. 80 Prozent der abgeholzten Waldflächen werden als Weideland genutzt. ●



Fotos: (von oben) Will Rose / GP • GP/Ratislav Prohazka • Daniel Beltra / GP

„Realpolitisch einen Weg finden“

actreport



INTERVIEW mit
Mag. Bernhard Achitz,
Leitender Sekretär des ÖGB

1984 sind sich in Hainburg die GewerkschafterInnen und die UmweltschützerInnen unversöhnlich gegenüber gestanden. Was hat sich seither verändert?

Da gab es einen Umdenkprozess. Natürlich geht es der Gewerkschaft noch immer primär darum, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu vertreten, auf die Sicherheit der Arbeitsplätze und auf die Verdienstmöglichkeiten zu schauen. Aber auch Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen, Klimawandel und gesunde Ernährung haben in letzter Zeit innerhalb der Gewerkschaftsbewegung einen viel höheren Stellenwert. Damals ist die Diskussion noch sehr einseitig gelaufen, Arbeitsplätze gegen Umwelt. Wir sehen das inzwischen nicht mehr als Gegensatz, man muss das unter einen Hut bringen.

Stimmt der Eindruck, dass in der Gewerkschaft traditionelle Arbeitsplätze einen höheren Stellenwert haben als so genannte Green Jobs?

Ich verstehe, dass man den Eindruck bekommen kann. Traditionell ist die Gewerkschaft dort am stärksten, wo wir große organisierte Belegschaften haben.

Das trifft natürlich vor allem auf solche Firmen zu, und die können sich besser artikulieren. Das heißt aber nicht, dass wir auf die anderen vergessen.

Wie kommt es, dass der ÖGB-Präsident Foglar nach Brüssel fährt und für Gratis-CO₂-Zertifikate demonstriert?

Die CO₂-Zertifikatsdiskussion ist natürlich eine heikle. Die Mobilität des Kapitals und der Betriebsstandorte ist groß. Und auch aus Umweltschutzgründen kann man das differenziert sehen. Wenn ich innerhalb der EU mit CO₂-Zertifikaten erreiche, dass Betriebe in die Ukraine abwandern, habe ich dem Umweltschutz nichts Gutes getan. Wenn die Fabrik dann in einem Land steht, wo es kaum Klimaschutzbestimmungen gibt, dann kennt der Ausstoß keine Grenzen, der Dreck kommt genauso zu uns. Da ist es berechtigt darüber zu diskutieren, welche Auflagen man in welchem Ausmaß wie erteilt und wie man die Balance findet, dass die Arbeitsplätze in Mitteleuropa so erhalten bleiben, dass das auch für die Klimabilanz am besten ist. Wir haben keine österreichische Klimabilanz, auch keine europäische, sondern eine weltweite.

Dann wäre es aber sinnvoller, vehement globale Bestimmungen zu fordern.

Das ist unsere Strategie. Wir wollen lieber unsere Schutzbestimmungen exportieren als Abwanderungen zuschauen. Da muss man zu einer Ausgewogenheit finden.

Wir wollen lieber unsere Schutzbestimmungen exportieren als Abwanderungen zuschauen.

Das klingt genau wie die Industrie. Die verwendet solche Argumente oft als Druckmittel.

Natürlich versucht die Industrielobby, die Sorgen der ArbeitnehmerInnen um ihre Arbeitsplätze zu instrumentalisieren. Wir als Gewerkschaftsbewegung können aber deswegen nicht davon absehen, für die Interessen der ArbeitnehmerInnen in Österreich und Europa einzutreten. Aber wir betreiben das schon unter dem Gesichtspunkt, dass Umweltschutz ein wichtiges

Gut ist, dass das ausgebaut werden muss und dass das auch Arbeitsplätze der Zukunft sind. Das wird halt oft nicht mehr gesehen oder mittransportiert.

Anderes Thema: ökologische Steuerreform. Wenn Sie sinnvoll gemacht ist, müsste die der ÖGB doch begrüßen. Immerhin geht es auch darum, Arbeit zu entlasten.

Wir haben in unseren Forderungen zur Steuerreform viele ökologische Ansätze gehabt, wir haben uns damit schlicht nicht durchgesetzt. Letztlich ist es auf eine in der Krise absolut notwendige Lohnsteuerentlastung hinausgelaufen und auf keine Umstellung des Steuersystems.

Wir haben in unseren Forderungen zur Steuerreform viele ökologische Ansätze gehabt und uns nicht durchgesetzt.

Greenpeace fordert minus 40 Prozent CO₂-Ausstoß bis 2020 und über minus 90 Prozent bis 2050. Kann das der ÖGB mittragen?

Von der Vision her schon. Von der realpolitischen Umsetzbarkeit her sind wir kritisch, das wird sich nicht ausgehen.

Aber das ist laut Wissenschaft, was es braucht, um das Ruder noch herumzureißen. Alle Schritte, die dort hinführen, unterstützen wir, aber wir müssen es in einem globalen Zusammenhang sehen. Wenn eine Organisation vorprescht, ein Staat vorprescht, die EU vorprescht, dann haben wir das noch nicht gewonnen. Das ist ja das Schwierige bei der Klimapolitik. Das heißt, man muss realpolitisch einen Weg finden, wo man einen Pfad vorzeichnet, den die anderen mitgehen können. Wenn der Pfad für die anderen nicht passt, dann laufen uns die in die andere Richtung, und wir erreichen das Ziel nie.

Aber Österreich ist beim Klimaschutz weit zurück, es gibt skandinavische Länder, die preschen vor. Warum geht es da?

Die haben wahrscheinlich früher angefangen damit. Wir haben diese Ziele sehr spät aufgegriffen. Das ist der österreichischen Politik zum Vorwurf zu machen, das kann

man auch der Gewerkschaftsbewegung zum Vorwurf machen. Jetzt greifen wir die Ziele auf.

Aber das ist ja Teil des Problems: Dass niemand den ersten Schritt tun will. Vielleicht ist der, der vorprescht, langfristig der Gewinner?

Ja, es ist ein Teil des Problems, dass jeder auf den anderen wartet. Ob sich die, die vorpreschen, dann immer als Gewinner herausstellen, die Frage wird von Fall zu Fall unterschiedlich zu beantworten sein. Wir haben ArbeitnehmerInnen kurz- und langfristig zu vertreten. Zu sagen, langfristig ist eine Maßnahme sinnvoll, geht nur dann, wenn ich auch dem 55-Jährigen, der seinen Job verliert, kurzfristig ein Angebot machen kann, wie er weiter überlebt und ein vernünftiges Einkommen erzielen kann. Darauf müssen wir als Gewerkschaftsbewegung schon achten.

Verständlich, aber die gleiche Klemme, in der die Politik steckt. Es beschneidet das Visionäre.

Eh, aber ich glaube, wir brauchen beides. Wir brauchen Visionäre, wir brauchen Mahner, wir brauchen radikale Forderungen und wir brauchen Leute, die das realpolitisch sehen und auch andere Interessen im Auge haben.

Wäre die Gewerkschaft dafür zu haben, mit Greenpeace gemeinsam an einem sozial verträglichen Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger zu arbeiten?

Sicher, wenn man eine gemeinsame Basis findet. Was am Ende herauskommt, wird ein Kompromiss sein, den die eine Organisation genauso verkaufen muss wie die andere. Deshalb kommt so etwas nicht so oft zustande, weil NGOs – bei aller Wertschätzung und Nützlichkeit – eher nicht von ihrer Vision ein Stück weit abgehen. Das ist auch eine wichtige Funktion, aber Kompromisse zu schließen ist vielleicht gar nicht die Rolle von Greenpeace. Wir sind dazu bereit, wir sind so etwas gewohnt. ●

Interview: Roman Kellner

Foto: Seite 18: Hauptverband der österr. Sozialversicherungsträger

DER ÖGB IST die freiwillige Interessenvertretung von Österreichs ArbeitnehmerInnen. Seine sieben Gewerkschaften schließen jedes Jahr hunderte Kollektivverträge ab. Diese regeln Lohn- bzw. Gehaltserhöhungen, aber auch Arbeitsbedingungen sowie Urlaubs- und Weihnachtsgeld – das Gesetz sieht so etwas nicht vor.

Der ÖGB kämpft aber auch politisch für die Ziele der ArbeitnehmerInnen, der Arbeitslosen, der Lehrlinge und Studierenden. Derzeit setzt er sich für „FAIR TEILEN“ ein: Reichtum gerecht aufteilen, Armut bekämpfen. www.oegb.at

Follow up

► Im Senf

Vertrauen ist gut, Gentechniktests sind besser. Greenpeace ist bei der Überprüfung von Senf auf gentechnische Verunreinigungen im „Dijon Original“ von Maille/Unilever gestoßen. Die Umweltorganisation verständigte den österreichischen Lebensmittelhandel, der den Senf sofort auslistete.

Das Neue an diesem Fall ist, dass die Verunreinigungen von gentechnisch veränderten Pflanzen kommt, die in diesem Produkt nichts zu suchen haben: Raps. Der belastete Senf stammt nämlich aus Kanada, wo fast der gesamte Rapsanbau gentechnisch verunreinigt ist. Raps und Senf sind artverwandt und können leicht miteinander auskreuzen. Unilever erkennt die Problematik und hat Maßnahmen angekündigt. ●



► Auf Schiffen

105 Schiffe, 920 Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien und deren BetreuerInnen – das ist die „Mirno More“-Friedensflotte, die heuer ihr 15-jähriges Jubiläum feierte. Und Greenpeace war wieder dabei. Die AktivistInnen stellten ein eigenes Schiff vor die kroatische Küste und hielten von hier aus Meereskundewerkshops für die interessierten ZuhörerInnen ab. Die Greenpeace-Meeresbiologin Antje Helms ist zufrieden: „Die Kinder brachten große Neugier für die Unterwasserwelt mit und konnten viele Meerestiere mal ganz aus der Nähe bestaunen. Auch der Schutz der Meere ist den meisten von ihnen ein großes Anliegen.“ ●

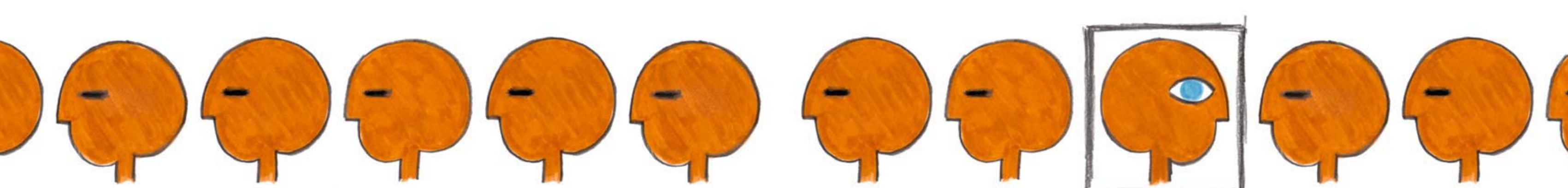


► Im Rampenlicht

Er ist Biologe, Umweltexperte, Menschenrechtler und arbeitet seit 2008 für Greenpeace – René Ngongo (Interview ACT 2007/2). Sein langjähriger Einsatz für Urwaldschutz und soziale Gerechtigkeit in seiner Heimat, der Demokratischen Republik Kongo, ist mit dem Alternativen Nobelpreis geehrt worden. Der 48-Jährige gründete 1996 die Organisation Concertée des Ecologistes et Amis de la Nature (OCEAN). Mit OCEAN gab er der kongolesischen Zivilgesellschaft eine Stimme im Kampf gegen die Waldzerstörung. ●



Fotos: (von oben) GP/Waltraud Geier • GP/Ingrid Fankhauser • GP/Reynaers



Das Ende der Untertanen?

Zivilgesellschaft zwischen Macht und Ohnmacht. von Wolfgang Pekny

actkommentar

► **Dem Parlament von „Abzockia“** liegt der Antrag auf ein neues Gesetz vor: Sieben Millionen Menschen sollen je zehn Euro bezahlen, anschließend wird die gesamte Summe zehn Menschen übergeben. Das Gesetz hat zehn eifrige Lobbyisten, die fleißig das ihnen nützliche Gesetz bewerben. Den anderen ist es egal. Wen regen schon zehn Euro auf? Und so wird das Gesetz ohne Widerspruch zur Realität. Eine Umverteilung der täglichen Art: Gewinn wird auf wenige konzentriert, Kosten müssen alle tragen.

und große Profite zum Zentrum ihrer Philosophie gemacht und so die Schief lagen mit verursacht haben.

Wie müsste eine Politik aussehen, die sich der Macht der Finanzwelt tatsächlich entgegenstellen kann? Jedenfalls anders als heute!

Dabei ist die Streitfrage, ob der Kapitalismus abgeschafft oder die Marktwirtschaft nur reformiert werden muss, eigentlich zweitrangig.

Die Mächtigen wollen keine mitdenkenden, informierten Menschen, die ihnen auf die Finger schauen.

Erste Herausforderung wäre, eine zentrale „Weisheit“ der Politik zu widerlegen. „Die Masse ist dumm, feig und faul!“, waren die Mächtigen aller Zeiten überzeugt. Und tatsächlich, ob Tyrannen, Konzernbosse oder demokratische PolitikerInnen, sie können sich darauf verlassen, dass sich ihre Untertanen in der Regel so verhalten.

Doch Menschen sind – wenn auch manchmal faul – keinesfalls dumm. Sie werden nur systematisch dumm gemacht. Die Mächtigen wollen keine mitdenkenden, informierten Menschen, die ihnen auf die Finger schauen. Das legt den Verdacht nahe, dass unsere Bildungsmisere gar kein Versehen ist. So wie Bosse ein gerüttelt Maß an Arbeitslosen brauchen, um die Ansprüche der Arbeitenden zu dämpfen, so braucht eine reaktionäre Politik die Heerscharen obrigkeitstgläubiger und ungebildeter Untertanen.

Die eigentliche Schande dabei ist nicht, dass Politik im Interesse der Mächtigen so agiert, sondern dass die überwiegende Mehrheit dies geschehen lässt. „Jedes Volk hat die Regierung, die

es verdient“, wird der französische Monarchist Joseph Marie de Maistre gerne zitiert. Macht ist nur möglich, wo Ohnmacht sie erlaubt! So gesehen haben auch wir die Regierungen, die wir verdienen! Aber womit haben wir DAS verdient? Wie kann geduldet werden, dass die Kluft zwischen den Wohlhabenden und den um ihre Existenz Ringenden ständig wächst, nicht nur global, sondern sogar innerhalb unserer Gesellschaften?

Der raffinierte Trick der Profiteure ist die systematische Entsolidarisierung der Verlierer. Jeder ist sich nur noch selbst der Nächste. Und weil den Verängstigten das Hemd näher ist als der Rock, kann eine Politik, die soziale Kälte schafft, absurderweise auf Unterstützung durch genau diese Verlierer zählen. Ihnen wird dann als Trost eine dreiste Lüge serviert: Jeder und jedem stünde ein Platz an der Sonne offen. Und während das Wahlvolk untertänig auf sein Sonnenplätzchen wartet, wächst die Kluft, zerstört den sozialen Zusammenhalt und gefährdet den Frieden weltweit. Diese „mörderische Weltordnung“, wie sie Jean Ziegler* anprangert, nährt gefährlichen Hass, was neue Zäune heraufbeschwört, die wieder neuen Hass schüren (siehe Buchtipps).

Wirklich demokratische Gesellschaften könnten diese Diskrepanzen regeln, denn sie wären in der Lage, ethische und globale Grundsätze als selbst gewählte Rahmenbedingungen für Politik und Wirtschaft vorzugeben. Ein solches Regulativ würde dem Wirken eines „gesunden Hausverständes“ gleichkommen, sozusagen ein „gesunder Globalverstand“. Heute ist die progressive Zivilgesellschaft Ausdruck dieses wachsenden Global-

verstandes. Sie sieht sich als solidarische Kraft gegen Gier und Eigensinn und bietet „Heimat“ für verantwortungsbewusste WeltbürgerInnen. Dabei geht das Selbstverständnis weit über eine wohlwärtige Rolle hinaus. Es reicht nicht, die Folgen von Gier und Eigensinn zu mildern. Es gilt, ein völlig neues Bild der Welt zu vermitteln. Das Bild einer fairen Gesellschaft, in der Menschen in Frieden untereinander und in Frieden mit der Natur leben können, mit Lebensstilen, die global verträglich sind. Eine Welt, in der als selbstverständlich begriffen wird, dass Ausbeutung von Menschen, Ausrottung von Tieren, übertriebener Fleischkonsum, häufiges Fliegen und ewig wachsender Konsum nicht nur unfair und unethisch, sondern mit dem kleinen „Raumschiff Erde“ völlig inkompatibel sind.

Dabei treten Menschen wie Sie und ich, allein oder organisiert, laut oder leise gegen eine gigantische Konsum-Profit-Politik-Maschinerie an, die den Untertanen genau das Gegenteil weismacht.

Um die Verhältnisse zu ändern, müssen wir unser Verhalten ändern! Aber Verhalten ändert sich am ehesten, wenn sich die Verhältnisse verändern. Wo also beginnen?

Alle Versuche, die Verhältnisse „von oben“ zu verbessern, etwa durch UN-Beschlüsse (z. B. die Millenniumsziele), auf Finanzgipfeln oder Klimakonferenzen, sind bislang gescheitert. Die intellektuellen Konzepte übersehen, dass es die rational agierende (Welt-)Regierung, die selbst gut gemeinte Vorschläge durchsetzen könnte, nicht gibt. Und womöglich nie geben wird.

Deshalb muss der Wunsch nach Fairness und die Einsicht von Begrenzungen

überall wachsen, vor allem in uns. Aufklärung und Selbstermächtigung werden damit zentrale Aufgabe der Zivilgesellschaft. Mit dem Wissen über globale Zusammenhänge treffen verantwortungsvolle WeltbürgerInnen ihre Wahl: Sie wählen eine weitgehend vegetarische Diät, wählen, kein Flugzeug zu brauchen, wählen Ökostrom, wählen, vom Auto und von Besitztümern nicht abhängig zu werden, wählen ein gutes Leben mit einem global fairen Footprint. Sie tun dies

Deshalb muss der Wunsch nach Fairness und die Einsicht von Begrenzungen überall wachsen, vor allem in uns.

aus Solidarität mit den Benachteiligten und aus Achtung vor den Zukünftigen.

Selbst wer sich nicht viel leisten kann, kann sich leisten, das, was als richtig erkannt wird, auch tatsächlich zu tun. Diese Authentizität ist höchst befriedigend und kann Menschen überzeugen. Aus trockener Information wird dadurch Erkenntnis, aus Einsicht werden Taten, aus Mitgefühl wird gelebte Solidarität. Und aus Engagement wird politisches Handeln. Nur mit solch aufgeklärten WeltbürgerInnen als Rückendeckung kann Politik wieder „Herr im Hause“ werden, kann die ursprüngliche Idee von Interessenausgleich durch Parlamente Wirklichkeit werden.

Heute noch Udenkbares könnte augenblicklich Wirklichkeit werden. Hohe Vermögens- und Spekulationssteuern, ein bedingungsloses Grundeinkommen oder deftige Abgaben auf Flugbenzin, Fleisch oder andere Klimakiller können die soziale und ökologische Schiefelage ausgleichen. So gesehen ist die Zivilgesellschaft eine

Verbündete der Politik gegen die maßlosen Begehrlichkeiten der kurzfristig ausgerichteten (Geld-)Wirtschaft. Abseits von Profitzwang und Wahlarithmetik können Visionen reifen, bis ihre Zeit gekommen ist. Zugleich ist Zivilgesellschaft auch notwendiger Gegenspieler der Politik und bietet aktiven BürgerInnen Schutz vor der missbrauchten Macht des Staates.

Eines sind aufgeklärte WeltbürgerInnen freilich nicht: taugliche Untertanen. Aber ist eine Politik ohne Untertanen, ein fairer Ausgleich der Interessen wirklich denkbar? Alles andere ist im begrenzten „Raumschiff Erde“ jedenfalls undenkbar! Das Zeitfenster zwischen „gesellschaftlichem Erwachen“ und globaler Katastrophe könnte dabei kurz sein. Um die Chance auf den friedlichen Wandel nicht zu verpassen, vernetzen sich die alternativen Kräfte in Wissenschaft, Unternehmerschaft und Zivilgesellschaft, stellen gemeinsame, visionäre Ziele vor politische Zwänge und schaffen Inseln der Nachhaltigkeit. Nicht als Untertanen, sondern als gleichberechtigte Reisegefährten auf dem Weg in eine lebensfreundliche Zukunft. Ich bin dabei. Und Sie? ●

Illustrationen: Eva Kellner

BUCHTIPP: Jean Ziegler: „Der Hass auf den Westen: Wie sich die armen Völker gegen den wirtschaftlichen Weltkrieg wehren“, München: C. Bertelsmann 2009.

MEHR ZUM THEMA: www.footprint.at

Im Frühjahr 2010 findet die 8. Konferenz Zivilgesellschaft in Wien statt. Wolfgang Pekny ist seit 2007 Vorsitzender der Initiative Zivilgesellschaft. www.initiative-zivilgesellschaft.at

► Führungswechsel bei Greenpeace International

Kumi Naidoo, 44, neuer Geschäftsführer in Amsterdam



Was für eine Biografie! Kumi Naidoo, geboren 1965 in Südafrika, schließt sich schon mit 15 Jahren der Widerstandsbewegung gegen das Apartheid-Regime an. Auch der Verweis von der Schule hält den jungen Rebellen nicht von seinem vielfältigen Engagement gegen das unrechte System und für ein sozialeres Südafrika ab. 1986 wird er verurteilt, geht in den Untergrund und schließlich ins Exil nach Großbritannien. Dort erwirbt er in Oxford einen Doktor in politischer Soziologie. Nach Nelson Mandelas Freilassung im Jahr 1990 kehrt er nach Südafrika zurück und arbeitet an der Legalisierung des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) mit. Während der Wahlen im Jahr 1994 fungiert er als offizieller Sprecher der unabhängigen Wahlkommission und organisiert landesweit die Trainings der Wahlhelfer.

Weil in Südafrika Gewalt gegen Frauen ein brennendes Problem ist, organisiert der umtriebige Naidoo im Jahr 1997 einen Marsch gegen Gewalt gegen Frauen und Kinder mit. Anschließend wird er Gründer

und Geschäftsführer der „South African National NGO Coalition“ (SANGOCO), einer Dachorganisation südafrikanischer NGOs. Naidoo gehörte zu den Gründungsmitgliedern des globalen Kampagnennetzwerks „Global Call to Action Against Poverty“. Diese Koalition von AktivistInnen aus über 100 Ländern übt öffentlichen Druck auf führende PolitikerInnen aus, ihre Versprechungen in Sachen Entwicklungshilfe, Handelsbeziehungen, Schuldenerlass, Klimawandel und Gleichberechtigung von Mann und Frau auch wirklich zu erfüllen.

Von 1998 bis 2008 arbeitet Naidoo schließlich als Generalsekretär und Generaldirektor von CIVICUS, der „World Alliance for Citizen Participation“. Über 1.000 Organisationen und Individuen gehören dieser Plattform an, deren Ziel es ist, die Zivilgesellschaft weltweit zu stärken. Zuletzt saß Naidoo im Vorstand von Greenpeace Afrika und ist Vorsitzender der Global Campaign for Climate Action (GCCA).

Im November folgte Kumi Naidoo Gerd Leipold in das Amt des Geschäftsführers von Greenpeace International nach. Ein Schritt, der für beide Seiten passt. Naidoo: „Ich bin schon sehr lange ein Bewunderer der Arbeit von Greenpeace. Die Art, wie die Organisation auf allen Ebenen arbeitet – mal konfrontativ, mal in Kooperationen –, ist inspirierend. Der Mix aus Pragmatismus und Leidenschaft bringt Dinge ins Rollen und führt zu wirklicher Veränderung.“

► Mit Greenpeace durchs ganze Jahr

Greenpeace-Kalender 2010

Gleich zwei Wandkalender können wir Ihnen heuer anbieten, damit Sie das kommende Jahr strukturierter und zugleich dekorativer angehen können.



► „Natur-Wunder“ ist ein Wochenkalender, herausgegeben vom deutschen Greenpeace-Magazin. Die 52 Fotografien von Hans Hansen sind Kunstwerke, die Ihnen Woche für Woche einen neuen Einblick in die unglaubliche Vielfalt der Natur bieten.

„Natur-Wunder“: Wochenkalender, 56 Blatt, 100 Prozent Recyclingpapier, Format: 24,5 cm x 34 cm, 25 Euro.

► „Greenpeace 2010“ hingegen ist ein Monatskalender mit wunderschönen Naturmotiven aus Greenpeace-Kampagnen. Er ist gut strukturiert, lässt an jedem Tag Platz für Notizen und zeigt die Mondphasen an.

„Greenpeace 2010“: Monatskalender, 14 Blatt, 100 Prozent Recyclingpapier, Format: 30 cm x 21 cm, bzw. offen 30 cm x 42 cm, 20 Euro.

► Beide sind bei Greenpeace erhältlich unter der Tel. 01/545 45 80-80 oder per Mail an: service@greenpeace.at

Impressum

Medieninhaber, Verleger und Herausgeber: Greenpeace in Zentral- und Osteuropa, Fernkorngasse 10, 1100 Wien, Tel.: 01 / 54 54 580 - 0, net: www.greenpeace.at/, e-mail: service@greenpeace.at
Spendenkonto: P.S.K. 7.707.100 • www.greenpeace.at/spenden
Chefredaktion: Roman Kellner
Mitarbeit: Verena Ahne, Antje Helms, Wolfgang Pekny, Claudia Sprinz
Korrektur: Elisabeth Gräf

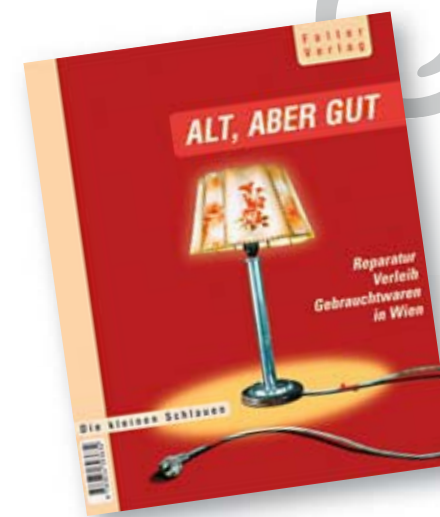
Bildredaktion: Ingrid Fankhauser, Barbara Tschann
Grafische Gestaltung: www.hundundkatz.at
Cartoon: Gerhard Haderer • Coversujet: Peter Caton / Greenpeace
Druck: Niederösterreichisches Pressehaus
„act“ erscheint viermal jährlich auf 100 % Recyclingpapier.
Ab einer Jahresspende von € 40,- wird das „act“ gratis zugesandt.
Das nächste „act“ erhalten Sie im März 2010.

► Alt, aber gut

Buchtipp: „Reparatur – Verleih – Gebrauchtwagen in Wien“

Wir brauchen etwas, also gehen wir ins Geschäft und kaufen es. So einfach, so falsch. Und vor allem so teuer und unökologisch. Denn es gibt viele Möglichkeiten, den Bedarf zu decken – abseits des Konsumwahns. Der „Falter“ hat sie in einem seiner bewährten Büchlein gesammelt. Wo borge ich mir Geräte aus, die ich nur einmal im Jahr brauche? Wer repariert am schnellsten die alte Waschmaschine oder die geliebten Schuhe? Wo erstehe ich Produkte, die vielleicht nicht neu, aber absolut intakt und dafür viel günstiger sind? Von A wie Auto bis Z wie Zelte finden sich in dem „Falter“-Buch über 1.500 Adressen von Gewerbetreibenden und Firmen, die Reparaturen durchführen und Ersatzteile anbieten, Dinge verleihen und Secondhandwaren verkaufen. Einzelne Wien-, Web- und Buchtipps ergänzen das praktische Handbuch. Ein Warenregister und ein alphabetisches Firmenregister erleichtern die Suche. Einziges Manko: Das Ganze gibt es leider nur für Wien. Das dafür auch im Internet: www.falter.at/web/aag/home.php

► Reparatur – Verleih – Gebrauchtwagen in Wien, Wien: Falter Verlag 2006. Erhältlich im Buchhandel oder beim Falter Verlag selbst.



► Greenpeace im Bild



Aktion als Hochseilakt

Zermatt, Schweiz, 4. 9. 2009:

Drei Artisten balancieren auf einem schmalen Band über einen Gletschersee. Der Balanceakt auf dem rasch schmelzenden Gornergletscher macht die Dramatik und die Gefährlichkeit des immer schneller verlaufenden Klimawandels bildlich. Greenpeace fordert mit der Aktion die Schweizer PolitikerInnen zum Handeln auf.

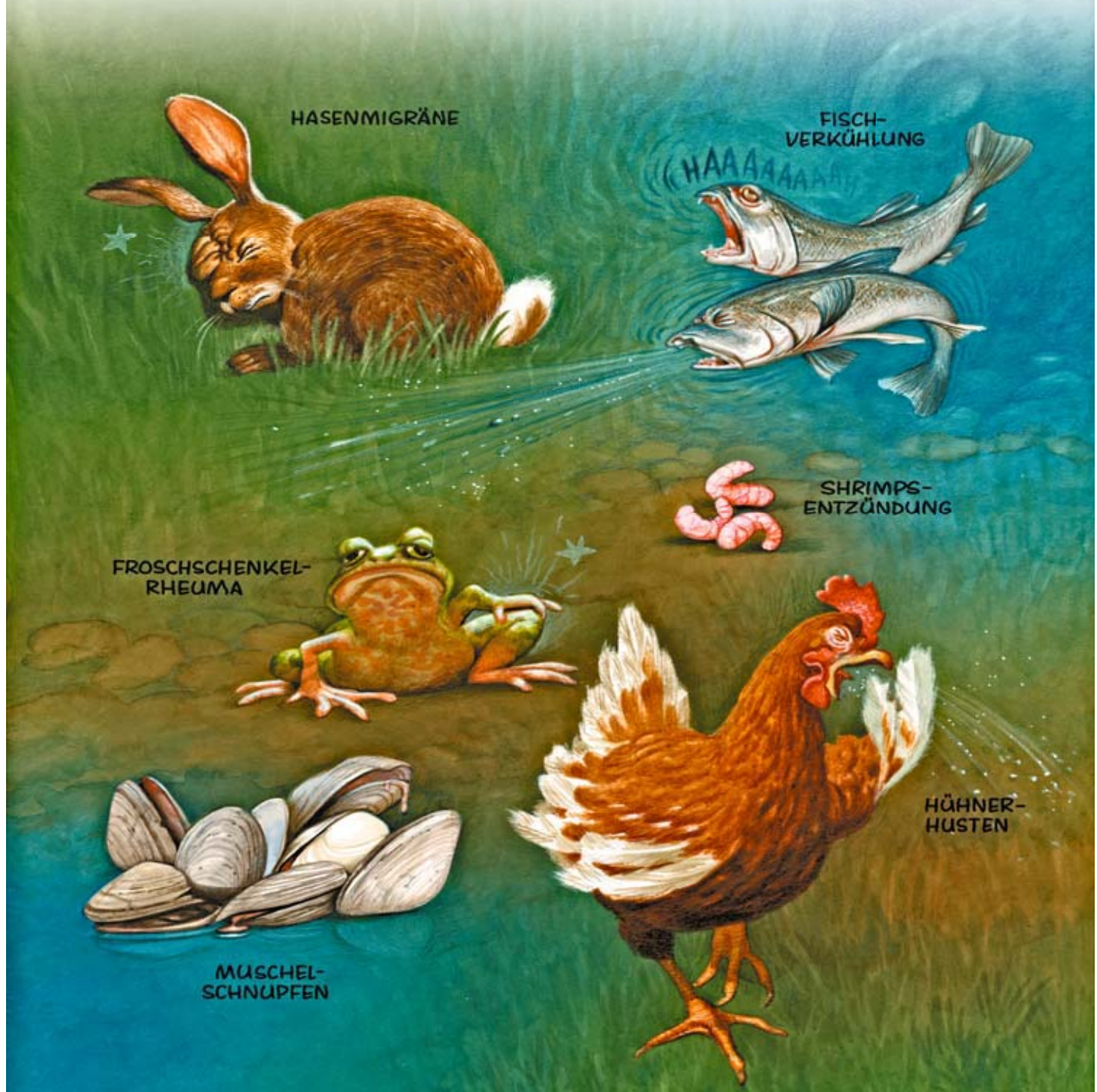
Foto: Greenpeace / Christian Schmutz

GREENPEACE Fernkorngasse 10 • A-1100 Wien • Tel.: 01 / 54 54 580 • Fax: 01 / 54 54 588

Wenn Sie Fragen haben, senden Sie ein E-Mail an: service@greenpeace.at

Spendenkonto: P.S.K. 7.707.100 • www.greenpeace.at/spenden

► Cartoon Haderer



Wovor wir uns außerdem noch fürchten sollten

► **GREENPEACE** www.greenpeace.at

Spendenkonto: P.S.K. 7.707.100
www.greenpeace.at/spenden

